

Pressemitteilung

13. Juni 2024

CDU will Zugang zu Informationen zum Thema Kindeswohl erleichtern

Dass es zu Missverständnissen im Umgang mit Behörden kommt, ist keine Seltenheit. Gerade das sog. Behördendeutsch kann für Menschen ohne als auch mit Deutsch als Muttersprache ein großes Hindernis darstellen. Gerade bei den wichtigen Themen Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung gilt es aber, dies unbedingt zu vermeiden. Die CDU-Ratsfraktion schlägt daher in einem Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt am 14.06.2024 vor, sich ein Beispiel an anderen Kommunen zu nehmen und die Thematiken zukünftig in einer eigenen Handreichung in leichter Sprache aufzuarbeiten. Diese soll dann Eltern bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

„Leider haben die Zahlen der Inobhutnahmen in den letzten Jahren immer stärker zugenommen. Nicht selten spielen dabei auch Kommunikationsprobleme zwischen Eltern und Behörden eine entscheidende Rolle. Schließlich können Eltern eine Situation nur verbessern, wenn sie auch verstehen, was wirklich von ihnen erwartet wird. Mit unserem Antrag wollen wir dazu beitragen, diese Probleme zukünftig zu verringern. Einige andere Kommunen machen es uns schon erfolgreich vor, daran wollen wir uns orientieren“, erklärt Mehmet Tugcu für die CDU-Fraktion.

Für die Fraktion stand bei allen Überlegungen zu dem Thema das Wohl und der Schutz der Kinder unserer Stadt an oberster Stelle. „Manchmal sind Inobhutnahmen die einzige Möglichkeit und es ist richtig und wichtig, dass unsere Behörden in solchen Fällen konsequent einschreiten. In den allermeisten Fällen ist es aber natürlich das Beste für ein Kind, wenn es behütet zuhause bei den eigenen Eltern aufwachsen kann. Dass dies einzig und allein an Sprach- und Kommunikationsproblemen scheitert, wollen wir zukünftig unbedingt verhindern. Unser Antrag soll daher dazu beitragen, das Wohl der Kinder in unserer Stadt zu fördern und Unverständnis sowie Frustration auf Seiten von Eltern und Behörden zu reduzieren. Leicht zugängliche, verständliche Information sind dafür aus unserer Sicht ein erster wichtiger Schritt“, erläutert abschließend Mareike Mecke, die jugendpolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion.